

Belehrung nach § 312, 346, 356, 357 BGB – ehemals Fernabsatzgesetz (FernAbsG)

Hinweis: Das Fernabsatzgesetz gilt seit 01.07.2000 für alle Verkäufe von Waren oder Dienstleistungen an Verbraucher nach § 13 BGB bei Verträgen per Brief, Telefon, Fax, Internet oder E-Mail, wenn der/die Verbraucher(in) nicht persönlich anwesend ist. Das FernAbsG sowie nachstehende Hinweise gelten zusätzlich zu unseren Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) bei Handlungen mit Verbrauchern nach § 13 BGB.

Unterrichtung des Verbrauchers nach dem Fernabsatzgesetz

Wir sind gesetzlich verpflichtet, Sie auf folgendes hinzuweisen:

1. Sie befinden sich auf den Webseiten von
GERDA Deutschland GmbH
Wassersportallee 17 A
12527 Berlin
2. Wesentliche Merkmale der auf dieser Seite angebotenen Waren oder Dienstleistungen erhalten Sie bei den jeweiligen Detailinformationen.
3. Unsere Angebote sind freibleibend. Im Falle einer Nichtverfügbarkeit sind wir nicht zu einer Leistung verpflichtet. Wir behalten uns das Recht vor, eine in Qualität und Preis gleich- oder höherwertige Leistung zu erbringen.
4. Die angegebenen Preise sind, soweit nicht direkt anders ausgewiesen, Endverbraucherpreise inkl. der derzeit gültigen Mehrwertsteuer.
5. Alle Preisangaben sind Tagespreise bei Abholung ab Berlin. Liefer- und Versandkosten sind nicht im Preis enthalten.
6. Hinsichtlich Zahlung, Lieferung und Erfüllung gelten unsere AGB.
7. Widerrufs- und Rückgabebelehrung nach dem § 312, 346, 356, 357 BGB

An Ihre Bestellung sind Sie nicht mehr gebunden, wenn diese binnen einer Frist von zwei Wochen nach Eingang der ersten Sendung widerrufen wird. Der Widerruf muss schriftlich oder aus einem anderen dauerhaften Datenträger erfolgen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung an:
GERDA Deutschland GmbH, Wassersportallee 17 A, 12527 Berlin

Bei Waren sind wir nach Eingang Ihres Widerrufs verpflichtet, eventuelle Zahlungen für die Ware zurückzuerstatten. Ab einem Wert von 40,00 Euro müssen wir die Rücksendekosten übernehmen. Der Besteller haftet bei Rücksendungen auch für Fahrlässigkeit. **Das Widerrufsrecht bei Software ist ausgeschlossen, wenn der Verbraucher die Software entsiegelt hat. Eine Benutzung/Speicherung steht der Entsiegelung gleich.** Das Widerrufsrecht ist ausgeschlossen bei Waren und Leistungen, die nach Kundenspezifikation angefertigt oder eindeutig auf die persönlichen

Bedürfnisse zugeschnitten oder aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht für eine Rücksendung geeignet sind.

8. Hat der Verbraucher die Verschlechterung, den Untergang oder die anderweitige Unmöglichkeit zu vertreten, so hat er dem Unternehmer die Wertminderung oder den Wert zu ersetzen. Die Rücksendung hat vollständig und unbeschädigt zu erfolgen. Nach § 249 BGB muss für die Überlassung/Nutzung einer Sache oder sonstigen Leistung bis zum Zeitpunkt des Widerrufs eine Vergütung entrichtet werden. Hierdurch wird nicht gegen die Vorgabe der Richtlinie zum Fernabsatzgesetz verstoßen, da diese Ansprüche nicht infolge der Ausübung des Widerrufsrechts, sondern infolge der Empfangnahme und/oder Nutzung der Ware/Dienstleistung entstehen, ebenso wie Schadenersatzansprüche nicht infolge des Widerrufs, sondern infolge der Beschädigung einer Sache entstehen.

Diese Verbraucherschutzbestimmungen bitten wir im Sinne einer gegenseitigen Partnerschaft zu akzeptieren.

Anmerkung zum wesentlichen Sinn und Zweck:

Mit diesem Gesetz wird eine EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Der vorhandene Spielraum wurde dabei zum vermeintlichen Vorteil für Verbraucher umgesetzt. Ziel ist es, dem Verbraucher, insbesondere durch ein Widerrufsrecht, mehr Schutz vor Lieferungen von unbestellter Ware oder Leistung und den privaten Kreditkarten-Inhabern mehr Schutz vor einer möglichen missbräuchlichen Verwendung ihrer Daten durch Dritte zu gewähren. Dieser Grundidee stimmen wir uneingeschränkt zu.

Ein großes Hemmnis und eine sehr starke Behinderung des Versandhandels sind jedoch, dass der Unternehmer nachweisen muss, dass er den Verbraucher vor Vertragsabschluss über das FernAbsG informiert hat. Der Nachweis kann nur geführt werden, wenn ein entsprechendes Formular unterschrieben vorliegt. Dadurch wird eine telefonische Bestellung und in weiten Teilen auch eine Bestellung per E-Mail nahezu unmöglich gemacht oder zumindest stark erschwert.

Wir möchten uns in diesem Zusammenhang für Verzögerungen, die durch das FernAbsG entstehen, entschuldigen – wir haben dies nicht zu verantworten, da wir uns an die gültigen Gesetze halten müssen.